
-

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	2
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	12.05.1999

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	25.10.2001

3. Instanz

Datum	13.08.2002
-------	------------

Die Revisionen des Klägers und des Beigeladenen zu 1 gegen das Urteil des Landessozialgerichts Baden-Württemberg vom 25. Oktober 2001 werden zurückgewiesen. Die Revision der Beigeladenen zu 2 wird als unzulässig verworfen. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

Gründe:

I

Streitig ist die Anerkennung und Entschädigung des Unfalles des Klägers am 30. August 1996 als Arbeitsunfall.

Der am 6. August 1988 geborene Kläger ist der Enkel des Beigeladenen zu 1. Dieser betreibt einen Bauernhof, auf dem sich der Kläger in den Sommerferien des Jahres 1996 zu Besuch aufhielt. Am 30. August 1996 begleitete der Kläger den Beigeladenen zu 1 zunächst zum Grasholen auf eine Wiese. Danach wollte dieser noch eine Fuhre Mist ausbringen. Dafür stellte er einen Miststreuer, auf dem ein Mistkran aufgebaut und der über eine Zapfwelle mit einem Traktor verbunden war, unmittelbar an die Mistgrube, um den Mist aus der Grube in den daneben

stehenden Anhängern zu befehligen. Als die Grube fast leer war, stieg der Beigeladene zu 1 bei laufendem Motor und sich drehender Zapfwelle in die Grube hinunter und kehrte Mistreste zusammen. Unterdessen kam eine Nachbarin auf den Hof und verwickelte ihn in ein Gespräch. Nachdem die Nachbarin den Hof wieder verlassen hatte, ging der Beigeladene zu 1, der aus der Mistgrube herausgestiegen war, damit er die Nachbarin trotz des Motorlärms verstehen könne, um den Mistlader herum. Dabei sah er den Kläger direkt an der Zapfwelle zwischen dem Mistlader und dem Traktor hängen; der rechte Arm war abgerissen und lag neben dem Kläger auf dem Boden.

Gegenüber dem Technischen Aufsichtsdienst der Beklagten (TAD) gab der Beigeladene zu 1 an, der Kläger habe vor dem Unfall keinerlei landwirtschaftliche Tätigkeiten ausgeübt. Später erklärte der Beigeladene zu 1 in einem Fragebogen der Beklagten, an der Zugdeichsel habe ein Besen gelehnt. Vermutlich habe der Kläger diesen Besen nehmen wollen, nachdem er schon bei der vorherigen Mistfuhr den Hof mit dem Besen zusammen gekehrt habe.

Mit Bescheid vom 20. Mai 1997 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3. September 1997 lehnte die Beklagte gegenüber dem Kläger die Anerkennung und Entschädigung des Unfalls als Arbeitsunfall ab. Der Beigeladene zu 1 habe weder bei den Ermittlungen an Ort und Stelle noch vor der Kriminalpolizei über Hilfeleistungen des Klägers berichtet, dem TAD vielmehr gesagt, der Kläger habe vor dem Unfall keinerlei landwirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt, sondern sich aus Neugier bzw. kindlichem Interesse dem Stallunglader genähert.

Das Sozialgericht (SG) hat den Beigeladenen zu 1 als Zeugen vernommen sowie den Kläger persönlich angehört. Durch Urteil vom 12. Mai 1999 hat es die Klage abgewiesen. Es könne offen bleiben, ob es überhaupt als Arbeit anzusehen sei, wenn ein acht Jahre alter Junge den Hof zusammenkehre. Jedenfalls sei nicht nachgewiesen, dass der Kläger im Zeitpunkt des Unfalles eine versicherte Tätigkeit verrichtet habe. Der Großvater des Klägers habe zum Unfallhergang keine Angaben machen können. Gleiches gelte für den Kläger selbst, der sich möglicherweise wegen seiner Sprachbehinderung nicht mehr erinnern könne, was er im Unfallzeitpunkt habe tun wollen. Es könne durchaus sein, dass er beabsichtigt habe, den Besen zu ergreifen, um den vom Mistladen verschmutzten Hof zu fegen. Objektive Anhaltspunkte dafür gebe es aber nicht. Genauso gut könne der Kläger aus kindlichem Interesse an der sich bewegenden Maschine oder in der Absicht, den Traktor zu besteigen, zu der Deichsel hingegangen sein.

Vor dem Landessozialgericht (LSG) haben der Großvater des Klägers sowie dessen Haftpflichtversicherung ihre Beiladung unter Hinweis darauf beantragt, dass vor dem Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart (Az [11 U 60/00](#)) ein Zivilprozess des Klägers gegen seinen Großvater auf Schadensersatz und Schmerzensgeld schwebt, der zurzeit ausgesetzt sei. Das LSG hat nach Vornahme der beantragten Beiladung die Berufung des Klägers zurückgewiesen (Urteil vom 25. Oktober 2001). Das SG habe den entscheidungserheblichen Sachverhalt festgestellt und rechtsfehlerfrei entschieden. Versicherungsschutz komme hier nur gemäß § 539 Abs 2 iVm § 539 Abs 1 Nr 1 der Reichsversicherungsordnung

(RVO) in Betracht. Die danach unter Unfallversicherungsschutz stehende arbeitnehmerähnliche Tätigkeit könne auch bei Kindern vorliegen. Ein Mindestalter gebe es nicht. Nach der Rechtsprechung der Landessozialgerichte könne auch ein 4 1/2-jähriges Kind arbeitnehmerähnlich tätig sein. Jedoch bleibe stets zu prüfen, ob die Handlungstendenz des Kindes nicht wesentlich (oder gar ausschließlich) darauf gerichtet gewesen sei, sich spielerisch zu betätigen oder das Verhalten Erwachsener aus seinem Spieltrieb heraus nachzuahmen. Der vom SG festgestellte und durch zusätzliche Ermittlungsbemühungen nicht mehr weiter aufzuhellende Sachverhalt gebe für die Annahme, der Kläger habe nach seiner Handlungstendenz wie ein Arbeitnehmer für den Beigeladenen zu 1 tätig sein wollen, keinen tragfähigen objektiven Anhaltspunkt. Vielmehr weise alles darauf hin, dass er aus kindlichem Spieltrieb heraus das Verhalten Erwachsener habe nachahmen wollen. So spreche bereits eine Vermutung regelmäßig dafür, dass die Betätigung eines Schulkindes der (seinerzeitigen) Altersgruppe des Klägers während eines Ferienaufenthaltes im landwirtschaftlichen Betrieb eines (nahen) Verwandten wesentlich nicht von fremdwirtschaftlicher arbeitnehmerähnlicher, sondern von spielerischer, außerdem verwandtschaftlicher Handlungstendenz geprägt sei. Wenn ein Kind "Ferien auf dem Bauernhof" verbringe, werde (und solle) es sich (selbstverständlich) betätigen und seine Ferientage nicht mit untätigem Herumsitzen verbringen, sondern (wie hier mit dem Großvater) auch aufs Feld gehen oder in den Stall und hierbei auch einmal Hand anlegen. Bei allen Betätigungen dieser Art gehe es gemäß der nach außen hervortretenden allein maßgeblichen Handlungstendenz des Kindes jedoch regelmäßig nicht um einen Einsatz als Arbeitnehmer, als eine Art Landarbeiter, sondern um kindliches Spiel, unbeschadet dessen, dass dabei das eine oder andere Brauchbare für den landwirtschaftlichen Unternehmer herauskommen könne. Diese Regelvermutung, die als gewichtiges Indiz und nicht im (strengen) Sinne des Anscheinsbeweises zu verstehen sei, brauche naturgemäß nicht in jedem Falle zuzutreffen. Freilich müssten dann aber hinreichend gewichtige objektive Anhaltspunkte festzustellen sein, die das kindliche Verhalten in Fällen der vorliegenden Art dem gesetzlich gegen Unfallgefahren versicherten Bereich arbeitnehmerähnlicher Tätigkeit zuwiesen. Daran fehle es hier.

Mit der vom LSG zugelassenen Revision rügen der Kläger sowie die Beigeladenen zu 1 und 2 die Verletzung formellen und materiellen Rechts. Nach den tatsächlichen Feststellungen des LSG sei im Wege des Indizienbeweises belegt, dass sich der Kläger im Unfallzeitpunkt iS des [§ 539 Abs 2](#) iVm Abs 1 Nr 1 RVO betätigt habe. Was er getan habe (Hoffegen), entspreche aus der auch vom LSG für zutreffend gehaltenen Sicht des objektiven Beobachters exakt dem, was in derselben Situation auch ein landwirtschaftlicher Helfer und/oder ein Lehrling zu tun gehabt hätte. Genau an dem Ort, wo der Kläger verunglückt sei, nämlich an der Zugdeichsel, habe das Gerät (Besen) gestanden, das der Kläger gebraucht habe, um das zu tun, was ihn an den vorherigen Tagen bei den vorangegangenen Mistfuhren das Vorbild des Großvaters gelehrt habe. Genau zu derjenigen Zeit, als der Kläger verunglückt sei, sei vom Arbeitsablauf her das Zusammenkehren an der Reihe gewesen. Der Anhänger sei beladen, die Grube leer gewesen, der Großvater wieder aus ihr herausgestiegen, so dass jetzt, bevor

man den Mist aufs Feld fÃ¼hre, habe zusammengekehrt und aufgeladen werden mÃ¼ssen, was beim Beladen des AnhÃ¤ngers daneben gefallen sei. Es verstÃ¶Ãe gegen Denkgesetze, den sich aus den festgestellten Indizien ergebenden TÃ¤tigkeitswillen des KlÃ¤gers in Frage zu stellen, weil es der Beigeladene zu 1 ja nur als "Vermutung" geÃ¤uÃert habe, dass der KlÃ¤ger habe kehren wollen. Der Logik entbehre auch die Annahme des LSG, der KlÃ¤ger sei hingelaufen, weil er auf den Traktor habe steigen wollen.

Soweit das angefochtene Urteil ein Zusammenkehren des daneben gefallenen Mistes schon dem Grunde nach nicht als TÃ¤tigkeit iS des [Ã 539 Abs 2 RVO](#) begreifen wolle, Ã¼berspasse es die Anforderungen und verkenne den Zweck der Regelung. Die "Vermutung", dass die BetÃ¤tigung eines Schulkindes wÃ¤hrend eines Ferienaufenthaltes im landwirtschaftlichen Betrieb eines nahen Verwandten wesentlich nicht von fremdwirtschaftlicher arbeitnehmerÃ¤hnlicher, sondern von spielerischer, auÃerdem verwandtschaftlicher Tendenz geprÃ¤gt sei, gehe an der Lebenswirklichkeit vorbei. In der kleinbÃ¤uerlichen Landwirtschaft werde "von Kindesbeinen an jede helfende Hand gebraucht". Schon das Kindergartenkind fÃ¼hre KÃ¼he zur Weide. Schon vom GrundschÃ¼ler werde getan, was auch der KlÃ¤ger getan habe, nÃ¤mlich mit der Heugabel Mist und Heu gegabelt. Der KlÃ¤ger habe auch nicht "Ferien auf dem Bauernhof" verbracht, sondern sei als Enkel eingebunden in den Familienverband GroÃvater â GroÃmutter â Stiefvater, der den Unfallbetrieb gemeinschaftlich bewirtschaftete. Der KlÃ¤ger habe bei seinen hÃ¤ufigen Aufenthalten auf dem Hof der Familie den Beigeladenen zu 1 beim Arbeiten beobachtet und habe dabei, zu dessen Freude, gezeigt, was im Bericht des TAD der Beklagten "kindliches Interesse" genannt werde.

Das LSG habe zudem seine Pflicht zur AufklÃ¤rung des Sachverhalts vom Amts wegen verletzt. Mit dem vom LSG selbst als "Hilfsbeweis Antrag" bezeichneten Antrag habe er beantragt gehabt, ihn nochmals anzuhÃ¶ren, sowie den Beigeladenen zu 1 erneut zu vernehmen. Diesen Beweis Antrag habe das LSG zu Unrecht abgelehnt. Das LSG erachte die "Handlungstendenz" des KlÃ¤gers als erheblich. DafÃ¼r sei das "Gesamtbild, dass die TÃ¤tigkeit abgibt" entscheidend. Ein solches Gesamtbild habe sich dem LSG aber weder aus der Sitzungsniederschrift des SG mit den dort fixierten Aussagen des KlÃ¤gers und des Beigeladenen zu 1 noch aus dem Bericht des TAD der Beklagten vermittelt. Der KlÃ¤ger sowie der Beigeladene zu 1 seien demgegenÃ¼ber unmittelbar vor dem Berufungsgericht zu vernehmen gewesen, damit das LSG sich den notwendigen persÃ¶nlichen Eindruck hÃ¤tte verschaffen kÃ¶nnen.

Der KlÃ¤ger sowie die Beigeladenen zu 1 und 2 beantragen, das Urteil des Landessozialgerichts Baden-WÃ¼rttemberg vom 25. Oktober 2001 sowie das Urteil des Sozialgerichts Heilbronn vom 12. Mai 1999 und den Bescheid der Beklagten vom 20. Mai 1997 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 3. September 1997 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, den Unfall vom 30. August 1996 als Arbeitsunfall anzuerkennen und zu entschÃ¤digen.

Die Beklagte beantragt,
die Revisionen zurÃ¼ckzuweisen.

Sie hält das angefochtene Urteil für zutreffend.

Die Beteiligten haben sich mit einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung durch Urteil einverstanden erklärt ([Â§ 124 Abs 2](#) des Sozialgerichtsgesetzes -SGG-).

II

Die Revisionen des Klägers und des Beigeladenen zu 1 sind unbegründet, die der Beigeladenen zu 2 ist unzulässig.

Letzteres folgt aus der fehlenden Beschwerde der Beigeladenen zu 2. Zwar können, worauf die Beigeladenen zu 1 und 2 in ihrer Revisionsbegründung zutreffend hingewiesen haben, Beigeladene grundsätzlich von den Hauptbeteiligten des Rechtsstreits unabhängig Rechtsmittel einlegen, weil sich nach [Â§ 141 Abs 1 SGG](#) die Rechtskraft des Urteils auf alle Beteiligten erstreckt. Indes begründet dies allein nicht die Befugnis zur Einlegung des Rechtsmittels. Hierfür ist nach der ständigen Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) weiter erforderlich, dass der Rechtsmittelkläger durch das angefochtene Urteil in eigenen Rechten in [Â§ 54 Abs 2 Satz 1 SGG](#) verletzt, also materiell beschwert sein kann. Das angefochtene Urteil muss unmittelbar zu einer Beeinträchtigung der subjektiven Rechte des Beigeladenen führen. Dass seine berechtigten Interessen berührt werden, genügt nicht (ständige Rechtsprechung des BSG, vgl. stellvertretend BSG [SozR 3-1500 Â§ 75 Nr 31](#) mwN; Meyer-Ladewig, SGG, 7. Aufl, Vor [Â§ 143 RdNr 4a](#)).

Gegenstand des Urteils des LSG ist allein die Frage der Anerkennung des streitigen Unfalls als Arbeitsunfall und dessen Entschädigung. Dadurch kann zwar der Beigeladene zu 1 als landwirtschaftlicher Unternehmer, nicht aber die Beigeladene zu 2 als Privathaftpflichtversicherer des Beigeladenen zu 1 beschwert sein. Allein dem Beigeladenen zu 1 ist durch [Â§ 639 Satz 1 RVO](#) die Antrags- und Klagebefugnis gegen die gegenüber dem Kläger ergangenen Bescheide der Beklagten eingeräumt. Nach dieser Vorschrift können Personen, deren Ersatzpflicht durch [Â§ 636](#) oder [Â§ 637 RVO](#) beschränkt ist, und von denen der Verletzte, seine Angehörigen oder seine Hinterbliebenen Schadensersatz fordern, statt des Berechtigten die Feststellungen nach [Â§ 638 Abs 1 RVO](#) beantragen oder das entsprechende Verfahren nach dem SGG betreiben. Als landwirtschaftlicher Unternehmer ist die Haftung des Beigeladenen zu 1 gemäß [Â§ 636 Abs 1 RVO](#) gegenüber dem Kläger beschränkt. Dieser fordert von dem Beigeladenen zu 1 auch Schadensersatz und Schmerzensgeld und zwar im Rahmen des zur Zeit ausgesetzten Verfahrens vor dem OLG Stuttgart.

Im Gegensatz zum Beigeladenen zu 1 sind die Voraussetzungen des [Â§ 639 RVO](#) für die Beigeladene zu 2 nicht erfüllt, denn sie wird gegenüber dem Kläger von den Haftungsausschlüssen der [Â§ 636, 637 RVO](#) nicht erfasst. Das ergibt sich schon daraus, dass die Beigeladene zu 2 nur gegenüber dem Beigeladenen zu 1 aus dem mit diesem abgeschlossenen Versicherungsvertrag, nicht aber gegenüber dem Kläger wegen der möglichen Aufsichtspflichtverletzungen des

Beigeladenen zu 1 unmittelbar haftet. Es bestehen keinerlei unmittelbare rechtliche Beziehungen zwischen dem Kläger und der Beigeladenen zu 2, in die durch das angefochtene Urteil eingegriffen werden könnte. Das Urteil des LSG hat über die Frage der Haftung der Beigeladenen zu 2 gegenüber dem Beigeladenen zu 1 auch nur teilweise nicht entschieden. Eine Bindung der Zivilgerichte an unanfechtbare Entscheidungen über die Frage, ob ein Arbeitsunfall vorliegt und in welchem Umfang von welchem Träger der Unfallversicherung Leistungen zu gewähren sind ([ 638 Abs 1 RVO](#)), ergibt sich nur im Verfahren "über Ersatzansprache der in den  636 und 637 genannten Art", also hier in dem Verfahren des Klagers gegen den Beigeladenen zu 1 vor dem OLG Stuttgart.

Dass ein Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherer gem oder entsprechend [ 639 RVO](#) berechtigt ist, die Feststellungen nach [ 638 Abs 1 RVO](#) zu betreiben (vgl [BSGE 80, 279 = SozR 3-2200  639 Nr 1](#)), ergibt sich aus der besonderen Stellung der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherer nach dem Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter (PfIVG). Nach [ 3 Nr 1 PfIVG](#) kann der Verletzte seinen Anspruch auf Ersatz des Schadens auch gegen den Versicherer (des Unfallverursachers) geltend machen. Versicherer und der ersatzpflichtige Versicherungsnehmer haften gem [ 3 Nr 2 PfIVG](#) dem Verletzten als Gesamtschuldner. Der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherer haftet somit gegenüber dem Verletzten unmittelbar, so dass er die Voraussetzungen der [ 636, 639 RVO](#) jedenfalls analog erfüllt (vgl BSG aaO). Ein derartiger direkter Anspruch des Verletzten gegenüber dem Haftpflichtversicherer besteht indes allein im Rahmen des [ 3 PfIVG](#); im Verhältnis des Klagers gegenüber der Beigeladenen zu 2 besteht ein Direktanspruch nicht.

Die Revisionen des Klagers und des Beigeladenen zu 1 sind unbegründet. Zu Recht hat das LSG die Berufung des Klagers gegen das klageabweisende Urteil des SG zurückgewiesen, denn der Kläger ist durch den angefochtenen Bescheid der Beklagten nicht iS von [ 54 Abs 2 SGG](#) beschwert. Nach den tatschlichen Feststellungen des LSG, die nicht mit zulässigen und begründen Revisionsragen angegriffen und daher gem [ 163 SGG](#) für das Revisionsgericht bindend sind, hat der Kläger am 30. August 1996 keinen Arbeitsunfall erlitten.

Soweit die Anwendung des materiellen Rechts der gesetzlichen Unfallversicherung betroffen ist, richtet sich die Beurteilung noch nach den Vorschriften der RVO, da der geltend gemachte Arbeitsunfall vor dem In-Kraft-Treten des Siebten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VII) am 1. Januar 1997 eingetreten ist (Art 36 des Unfallversicherungs-Einordnungsgesetzes; [ 212 SGB VII](#)).

Nach [ 548 Abs 1 Satz 1 RVO](#) ist Arbeitsunfall ein Unfall, den ein Versicherter bei einer der in den [ 539, 540 und 543 bis 545 RVO](#) genannten und danach versicherten Tätigkeit erleidet. Dazu ist in der Regel erforderlich, dass das Verhalten, bei dem sich der Unfall ereignet hat, einerseits der versicherten Tätigkeit zuzurechnen ist, und dass diese Tätigkeit andererseits den Unfall herbeigeführt hat ([BSGE 61, 127, 128 = SozR 2200  548 Nr 84](#)). Zunächst muss also eine sachliche Verbindung mit der im Gesetz genannten versicherten

Tätigkeit bestehen, der sog innere Zusammenhang, der es rechtfertigt, das betreffende Verhalten der versicherten Tätigkeit zuzurechnen (stRspr [BSGE 63, 273, 274](#) = SozR 2200 Â§ 548 Nr 92; BSG SozR 2200 Â§ 548 Nr 82, 95, 97; BSG [SozR 3-2200 Â§ 548 Nr 27](#); BSG [SozR 3-2200 Â§ 539 Nr 38](#)). Der innere Zusammenhang ist wertend zu ermitteln, indem untersucht wird, ob die jeweilige Verrichtung innerhalb der Grenze liegt, bis zu welcher Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung reicht ([BSGE 58, 76, 77](#) = SozR 2200 Â§ 548 Nr 70; [BSGE 61, 127, 128](#) = SozR 2200 Â§ 548 Nr 84; BSG [SozR 3-2200 Â§ 548 Nr 32](#)). Innerhalb dieser Wertung stehen bei der Frage, ob der Versicherte zur Zeit des Unfalls eine versicherte Tätigkeit ausgeübt hat, Überlegungen nach dem Zweck des Handelns mit im Vordergrund (BSG [SozR 3-2200 Â§ 548 Nr 19](#)). Maßgeblich ist die Handlungstendenz des Versicherten (BSG [SozR 3-2200 Â§ 550 Nr 4](#) und Nr 17), so wie sie insbesondere durch die objektiven Umstände des Einzelfalles bestimmt wird (BSG SozR 2200 Â§ 548 Nr 90). Für die tatsächlichen Grundlagen dieser Wertentscheidung ist der volle Nachweis zu erbringen; bei vernünftiger Abwägung des Gesamtergebnisses des Verfahrens muss der volle Beweis für das Vorliegen der versicherten Tätigkeit als erbracht angesehen werden können ([BSGE 58, 80, 83](#) = SozR 2200 Â§ 555a Nr 1 mwN). Es muss also sicher feststehen, dass im Unfallzeitpunkt eine noch versicherte Tätigkeit ausgeübt wurde ([BSGE 61, 127, 128](#) = SozR 2200 Â§ 548 Nr 84 mwN). Lässt sich nicht feststellen, ob der Versicherte bei einer Tätigkeit verunglückt ist, die wenn feststellbar in innerem Zusammenhang mit der versicherten Tätigkeit gestanden hätte, trifft die objektive Beweislast für das Vorliegen dieser Verrichtung den Versicherten (BSG [SozR 3-2200 Â§ 548 Nr 19](#); BSG Urteil vom 28. Juni 1984 [2 RU 54/83](#) [â HV-Info 1984, Nr 15, 40](#); [BSGE 58, 76, 79](#) = SozR 2200 Â§ 548 Nr 70; s auch BVerfG SozR 2200 Â§ 548 Nr 36).

Von den in [Â§ 548 Abs 1 Satz 1 RVO](#) genannten Vorschriften kommt für den Versicherungsschutz des Klägers allein [Â§ 539 Abs 2 RVO](#), wonach gegen Arbeitsunfall ferner Personen versichert sind, die wie ein nach Abs 1 Versicherter tätig werden, in Betracht. Nach der ständigen Rechtsprechung des BSG setzt die Anwendung des [Â§ 539 Abs 2](#) iVm Abs 1 Nr 1 RVO (beschäftigtenähnliche Tätigkeit) voraus, dass es sich um eine ernstliche, dem in Betracht kommenden fremden Unternehmen zu dienen bestimmte Tätigkeit von wirtschaftlichem Wert handelt, die dem wirklichen oder mutmaßlichen Willen des Unternehmers entspricht und ungeachtet des Beweggrundes für den Entschluss, tätig zu werden, unter solchen Umständen tatsächlich geleistet wird, dass sie einer Tätigkeit aufgrund eines Beschäftigungsverhältnisses ähnlich ist (s BSG [SozR 3-2200 Â§ 539 Nr 15](#); Brackmann/Wiester, SGB VII, Â§ 2 RdNr 804, 818 ff, jeweils mwN). Bei einer Tätigkeit gemäss [Â§ 539 Abs 2 RVO](#) braucht eine persönliche oder wirtschaftliche Abhängigkeit vom unterstetzten Unternehmen nicht vorzuliegen. Entscheidend ist, ob nach dem Gesamtbild der Tätigkeit diese beschäftigtenähnlich ausgeübt wird. Es ist unerheblich, welches Alter, welches Geschlecht und welche wirtschaftliche oder gesellschaftliche Stellung die handelnde Person hat. Auch Kinder können in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder wie ein Beschäftigter tätig werden (BSG Urteil vom 30. Juni 1993 [2 RU 40/92](#) [â HV-Info 1993, 2215](#)). Es muss sich aber um eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende ernsthafte Arbeitstätigkeit und nicht um eine

spielerische Beschäftigung handeln (vgl Brackmann/Wiester, aaO, Â§ 2 RdNr 809). Darüber hinaus ist für den Fall, dass der Verletzte auch wie hier auch mit dem Unternehmer verwandt ist, danach abzugrenzen, ob die Tätigkeit eher einer innerfamiliären Gefälligkeit entsprach, also familienhaft geprägt war (vgl Urteil des BSG vom 30. Juni 1993 auch [2 RU 40/92](#) auch aaO mwN).

Wie im Rahmen einer Beschäftigung nach [Â§ 539 Abs 1 Nr 1 RVO](#) muss auch für die Beurteilung einer Tätigkeit wie ein Beschäftigter nach [Â§ 539 Abs 2](#) iVm Abs 1 Nr 1 RVO der volle Beweis für das Vorliegen der Tätigkeit als erbracht angesehen werden können (vgl [BSGE 58, 80](#). 83 = SozR 2200 Â§ 555a Nr 1 mwN). Daran fehlt es hier. Nach den Feststellungen des LSG befand sich der Kläger während des Gesprächs zwischen dem Beigeladenen zu 1 und der Nachbarin auf dem Hofgelände. Was er dort unmittelbar vor dem Unfall getan hat oder hat tun wollen, konnte das LSG nicht feststellen. Es hat sich zu einer derartigen Feststellung auch wie schon das SG auch aufgrund der von dem Beigeladenen zu 1 auch als Zeuge gegenüber dem SG gemachten Aussagen nicht in der Lage gesehen. Insbesondere hat das LSG nicht festgestellt, dass der Kläger vor dem Unfall einen Besen hat zur Hand nehmen und damit den Hof fegen wollen. Es ist somit nicht festgestellt, dass der Kläger vor dem Unfall überhaupt eine Tätigkeit ausgeübt hat oder hat ausüben wollen, die die Voraussetzungen gemäß [Â§ 539 Abs 2](#) iVm Abs 1 Nr 1 RVO erfüllen könnte.

Die hiergegen vom Kläger und dem Beigeladenen zu 1 erhobenen Verfahrensrügen greifen nicht durch. Soweit sie im Einzelnen vorbringen, das LSG hätte im Wege des Indizienbeweises zu der Feststellung kommen müssen, dass der Kläger im Unfallzeitpunkt den Hof gefegt habe, rügen sie die vom LSG vorgenommene freie richterliche Beweiswürdigung ([Â§ 128 Abs 1 Satz 1 SGG](#)). Diese vom Tatsachengericht nach dem Gesamtergebnis des Verfahrens unter Einschluss der Beweisaufnahme nach der Überzeugungskraft der jeweiligen Beweismittel frei vorzunehmende Würdigung (vgl Meyer-Ladewig, aaO, Â§ 128 RdNr 4 mwN) kann das Revisionsgericht nur darauf prüfen, ob das Tatsachengericht bei der Beweiswürdigung gegen Denkgesetze oder allgemeine Erfahrungssätze verstoßen hat, und ob es das Gesamtergebnis des Verfahrens berücksichtigt hat (st Rspr vgl BSG Urteil vom 31. Mai 1996 auch [2 RU 24/95](#) auch HVBG-Info 1996, 2071; BSG [SozR 3-2200 Â§ 539 Nr 19](#) und zuletzt BSG Urteil vom 4. Juni 2002 auch [B 2 U 16/01 R](#) auch jeweils mwN; Krasney/Udsching, Handbuch des sozialgerichtlichen Verfahrens, 3. Aufl, III, RdNr 162 f sowie IX, RdNr 286). Darüber hinaus muss sich ergeben, dass sich das LSG bei Unterlassung derartiger Verstöße zu einer weiteren Aufklärung des Sachverhalts hätte gedrängt fühlen müssen.

Zwar haben die Revisionskläger behauptet, es verstoße gegen Denkgesetze, den sich aus den festgestellten Indizien ergebenden Tätigkeitswillen des Klägers (zum Fegen des Hofes) in Frage zu stellen. Ein Verstoß gegen Denkgesetze liegt darin indes nicht. Ein solcher besteht nur, wenn aus den gesamten Gegebenheiten nur eine Schlussfolgerung gezogen werden kann, jede andere, also auch die, welche das Gericht tatsächlich gezogen hat, nicht "denkbar" ist, wenn das Gericht also einen unmöglichen Schluss gezogen hat (BSG [SozR 3-2200 Â§ 539 Nr 19](#); Meyer-

Ladewig, aaO, Â§ 128 RdNr 12, mwN). Die hier vom LSG aus dem Umstand, dass niemand den KlÃ¤ger unmittelbar vor dem Unfall gesehen hat, gezogene Schlussfolgerung, dass der KlÃ¤ger auch durchaus aus anderen GrÃ¼nden als der Absicht, einen Besen zu ergreifen, nÃ¤mlich aus kindlichem Interesse an der sich bewegenden Maschine oder in der Absicht, den Traktor zu besteigen, zu der Unfallstelle gelangt ist, ist nachvollziehbar; auf Grund allgemeiner Denkgesetze ist hier keinesfalls nur die eine Folgerung mÃ¶glich, dass der KlÃ¤ger zum Unfallzeitpunkt eine versicherte TÃtigkeit ausgeÃ¼bt hat.

Entgegen dem weiteren Vortrag der Revisionen musste sich das LSG auch nicht aus anderen GrÃ¼nden zu einer weiteren AufklÃrung des Sachverhalts gedrÃngt fÃhlen. Eine solche Sachlage hÃttest bestanden, wenn nach der bisherigen Beweisaufnahme weitere Beweismittel zur VerfÃgung gestanden hÃttest, deren AusschÃpfung sich dem LSG aus tatsÃchlichen oder rechtlichen GrÃ¼nden hÃttest aufdrÃngen mÃssen. Insofern haben die Revisionen lediglich vorgebracht, das LSG hÃttest den KlÃger und den Beigeladenen zu 1 als Zeugen unmittelbar vernehmen mÃssen, um sich selbst den notwendigen persÃnlichen Eindruck verschaffen zu kÃnnen. Hinsichtlich der gerÃgten NichtanhÃrung des KlÃgers ist darauf hinzuweisen, dass, anders als im Zivilprozess, wo grundsÃtzlich auf Antrag der Gegenpartei die Parteivernehmung durchgefÃhrt werden muss, im sozialgerichtlichen Verfahren eine fÃrmliche Parteivernehmung als Beweismittel nicht vorgesehen ist. Denn [Â§ 118 Abs 1 SGG](#) verweist auf zahlreiche Vorschriften der ZPO Ãber die Beweisaufnahme, nicht aber auf die [Â§ 445 ff ZPO](#) (BSG [SozR 3-1500 Â§ 160a Nr 2](#); Meyer-Ladewig, aaO, Â§ 103 RdNr 12 mwN). Das schlieÃt zwar nicht aus, einen Verfahrensbeteiligten persÃnlich anzuhÃren bzw den Sachverhalt mit den Beteiligten zu erÃrtern (s [Â§ 106 Abs 3 Nr 7 SGG](#); Meyer-Ladewig, aaO). Eine rechtliche Verpflichtung des Gerichts hierzu besteht jedoch nicht.

Hinsichtlich der gerÃgten Nichtvernehmung des Beigeladenen zu 1 als Zeugen kann offen bleiben, ob das LSG nach dessen Beiladung den GroÃvater des KlÃgers â weil nunmehr selbst Beteiligter des Verfahrens â Ãberhaupt noch fÃrmlich als Zeugen hÃttest vernehmen dÃrfen. Jedenfalls wÃre das LSG zu einer Wiederholung der schon vom SG durchgefÃhrten Zeugenvernehmung nur dann verpflichtet gewesen, wenn es Zweifel an der Wahrheit der Aussage gehabt hÃttest und diese Aussage nach Aktenlage abweichend vom SG hÃttest wÃrdigen wollen (vgl Meyer-Ladewig, aaO, Â§ 128 RdNr 6a mwN). Gerade das war nicht der Fall, denn das LSG hat â wie schon das SG â die Zeugenaussagen des Beigeladenen zu 1 als wahrheitsgemÃ anerkannt und seiner Entscheidung zugrunde gelegt. Es ist danach zu der Feststellung gelangt, dass sich eben nicht feststellen lasse, was der KlÃger vor dem Unfall Ãberhaupt habe tun wollen und insbesondere dass er den Hof habe fegen wollen.

Nach diesen tatsÃchlichen Feststellungen des LSG entbehren die rechtlichen ErÃrterungen zu der Frage, ob die eventuelle Absicht des KlÃgers, den Hof zu fegen, als beschÃftigtenÃhnliche TÃtigkeit iS des [Â§ 539 Abs 2 RVO](#) zu werten sei oder nicht, der tatsÃchlichen Grundlage. Der Senat hat daher auch keine Veranlassung, zu der vom LSG fÃr grundsÃtzlich bedeutsam gehaltenen

Rechtsfrage, nach welchen Maßstäben die Handlungstendenz in (landwirtschaftlichen) Betrieben verunglückender Kinder im Einzelnen festzustellen sei, Stellung zu nehmen.

Nach alledem waren die Revision der Beigeladenen zu 2 als unzulässig zu verwerfen sowie die Revisionen des Klägers und des Beigeladenen zu 1 zurückzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 193 SGG](#).

Erstellt am: 26.08.2003

Zuletzt verändert am: 20.12.2024